

# Stimmen der Weltpresse

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **33 (1953-1954)**

Heft 6

PDF erstellt am: **20.06.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## STIMMEN DER WELTPRESSE

Bei der mit außergewöhnlichen Ehren durchgeführten Trauerfeier für *Taft* sprach Senator *Bricker* Worte, die ihrer grundsätzlichen Bedeutung wegen festgehalten werden müssen: «Er war jederzeit bereit, von seinem Einfluß auf die Gesetzgebung Gebrauch zu machen, um ein wegweisendes Mal zum Wohle seiner Mitbürger zu errichten, die auf den Haupt- und Nebenstraßen des Lebens dahinzuziehen . . . Sein politisches Glaubensbekenntnis, von dem er nie abwich, ging dahin, daß die Regierungsgewalt nie dazu mißbraucht werden sollte, den einzelnen Bürger zu zwingen, auf einem besonderen Lebensweg zu marschieren. Bob Taft überließ die Wahl dem Einzelnen, genau wie er und wir alle diese freie Wahl von unseren Vorfahren übernommen haben. — Wie Thomas Jefferson kämpfte er unermüdlich gegen jede Form der Tyrannei über den Menschegeist. Er setzte sich auch für ganz unpopuläre Sachen leidenschaftlich ein und unterstützte ketzerische Ansichten, ohne auf die politischen Folgen zu achten. Das gleiche Recht verlangte er aber auch für die anderen. Sein ganzes Leben war erfüllt von tiefster Überzeugung und vom Vertrauen auf den Endsieg von Recht und Rechtschaffenheit. Wenn er von der Richtigkeit einer Sache überzeugt war, stand er unerschütterlich dazu, selbst wenn er allein stand.» (*New York Herald Tribune*, European Edition, Paris, 4. 8. 1953.)

*Palmiro Togliatti*, Generalsekretär und Vorsitzender der Kommunistischen Partei Italiens, gewährte dem bekannten Abgeordneten *Crossman* vom linken Flügel der Labour-Partei ein Interview, das die Wochenzeitung *«The New Statesman and Nation»* (London) in ihrer Nummer vom 27. Juni wiedergab. Zu Beginn hatte *Togliatti* unter anderem erklärt, Churchills Vorschlag zur Abhaltung einer Viererkonferenz habe den Ausgang der italienischen Wahlen für die Linksparteien günstig beeinflußt. — Über die Aussichten der Nenni-Partei und das Verhältnis seiner Partei zu ihr sollen folgende Ausführungen festgehalten werden: Solange sich die Nenni-Partei und die Kommunisten zusammen in der Opposition befänden, sei es schwer, einen ideologischen Unterschied zwischen ihrer Politik zu erkennen. Der Unterschied zwischen den beiden Parteiführern liege darin, wie sie ihre Zeit in der Emigration zugebracht haben. Nenni hielt an der Legalität fest, während *Togliatti* illegal weiterarbeitete. *Togliatti* ließ durchblicken, daß er eine Volksfront, unter Einschluß der Kommunisten, zwar als beste Lösung, aber nicht als politisch zweckmäßig ansehe. Er halte es für selbstverständlich, daß jede Regierung mit sozialistischer Beteiligung es ablehnen würde, die Wiederaufrüstung Deutschlands und die Ratifizierung des EVG-Vertrages zu unterstützen. Die Wahlen hätten ohne Zweifel gezeigt, daß im italienischen Volk eine Linkstendenz vorhanden sei. Nach den Erfahrungen von 1944 und 1945 wisse De Gasperi ganz genau, daß es ihm nicht gelingen werde, einen Keil zwischen die PSI und die Kommunisten zu treiben; «denn wenn Nenni nach rechts rückt, dann mache ich einen Sprung über seinen Kopf hinweg und rücke noch ein Stück weiter nach rechts». Mit dem Hinweis auf die Jahre 1944 und 1945 erinnerte *Togliatti* an seine unerwartete Bereitschaft, mit der königstreuen *Badoglio*-Regierung zusammenzuarbeiten und an die kommunistische Stimmabgabe für die Bestätigung der Lateran-Verträge, zusammen mit den Christlichen Demokraten und gegen die Sozialisten.

In Nr. 30 der Wochenzeitung *«Rheinischer Merkur»* zeichnet *Karl W. Fricke*, unter dem Titel *«Die rote Freisler»*, ein Porträt des jetzigen Justizministers der Sowjetzone, *Hilde Benjamin*. Der Verfasser führt den Nachweis, daß die «rote Hilde», wie sie schon Ende der 20er Jahre genannt wurde, «in ihrer Funktion

dem Roland Freisler, jenem amoralischen Präsidenten des nationalsozialistischen ‚Volksgerichtshofes‘, an Unmenschlichkeit um nichts nachsteht». — Abschließend schreibt Fricke: »Hilde Benjamin, heute eine der bestgehaßten Frauen in der Sowjetzone, wurde zum ‚Minister der Justiz‘ berufen. Ihre Ernennung zu diesem Zeitpunkt ist eine perfide Provokation, die erneut beweisen mag, daß es sich bei dem derzeitig geübten ‚gemäßigten Kurs‘ in Pankow nicht um die Abkehr von der bisherigen volksfeindlichen Politik des Regimes handeln kann, sondern lediglich um einen zweckbedingten taktischen Wechsel auf Zeit.»

Der Herausgeber der Wochenzeitung «*Sonntagsblatt*» (Hamburg), Bischof *Hanns Lilje*, behandelt in einem fesselnden Artikel das Problem des *Opportunismus* («*Sonntagsblatt*» Nr. 32). Er untersucht das Phänomen, die tieferen Gründe und die Überwindung des Opportunismus und schließt seine Ausführungen mit den Worten: «Das Schlimmste und Schädlichste am Opportunismus ist doch eben dies, daß der Mensch meint, sich fürchten zu müssen. Wer ihm die Furcht nimmt, der erlöst ihn auch aus dieser subalternen Haltung. Und darum ist auch diese Frage nach der Überwindung des Opportunismus nur eine Variation des geistigen Themas, das unserer Generation auferlegt ist, nämlich, ob es eine totale Erneuerung unseres Lebens geben könne. Und darum ist die Frage nach der Überwindung des Opportunismus eine Frage an den Christen und die Christenheit.»

Das Problem der *Europa-Armee* trennt die politischen Parteien und die verschiedenen Bewegungen Frankreichs. Die Monatsschrift «*Fédération*» (Paris; 10. Jahrgang) veröffentlichte in ihrer Juni-Ausgabe eine bemerkenswerte Aussprache zwischen hochstehenden Freunden und Gegnern einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG). Die Argumente der Gegner und Befürworter sind unter sich sehr verschieden, teilweise widerspruchsvoll. Die auszugsweise Wiedergabe der 9 Stimmen ergibt folgendes Bild:

Der *Graf von Paris* lehnt die EVG ab, weil sie das traditionelle europäische Gleichgewicht störe und praktisch Frankreich Deutschland allein gegenüberlasse. Er betont den grundsätzlichen Unterschied in der Politik der beiden Länder. Deutschland strebt nach Wiederherstellung seiner Einheit und nach Rückgewinnung der von den Russen und Polen annektierten Gebiete, während Frankreich mit seinen überseeischen Gebieten von den Russen nichts verlangt als Frieden. Er betrachtet die EVG nicht nur als schädlich für Frankreich, sondern in ihren Grundzügen als «antieuropäisch». — *General Weygand* erachtet eine Aufrüstung Deutschlands als unerläßlich für eine wirksame Verteidigung des Westens, aber lediglich im Rahmen des verstärkten und erweiterten Atlantikpaktes (NATO). Eine zahlenmäßig beschränkte deutsche Armee soll im Rahmen des Atlantikpaktes Teil einer Koalitionsarmee bilden, ohne daß zugleich Deutschland dem Pakt beitreten würde. Die Notwendigkeit einer Wiederbewaffnung Deutschlands werde von allen Franzosen anerkannt und die Idee einer Neutralisierung abgelehnt. Frankreich wünsche eine Verstärkung des Atlantikpaktes und seine Weiterentwicklung zu einer Atlantischen Union, wogegen die EVG lediglich ein unter dem Druck der Verhältnisse improvisiertes Mittel darstelle. Der Verfasser glaubt zu wissen, daß auch zahlreiche amerikanische Offiziere nationale Kontingente einer Koalitionsarmee für schlagkräftiger halten als internationale Truppen, die jeden nationalen Charakter verloren haben. — *General Gérardot* befürchtet, die EVG bringe nur Mißtrauen und Verdacht, Trennung und Verschärfung des Nationalismus. Eine Europa-Armee schwäche die Moral der Truppe, weil sie den Patriotismus durch ein europäisches Ideal ohne realen Kern ersetze. Die EVG beschränke die Souveränität Frankreichs in unzulässiger Weise und würde bewirken, daß Frankreich im Rahmen der atlantischen Koalition nur noch indirekt durch die Organe der EVG vertreten wäre, unter Umständen also auch durch deutsche Funktionäre der

EVG. Die französische Union könne in der EVG nur Beschränkungen ihrer Macht, ihrer Zukunft und ihrer Souveränität erblicken, wogegen Deutschland aus der EVG mannigfacher Gewinn erwachse. Die EVG gebe einer deutschen Armee alle Freiheit, sich unabhängig und selbständig zu organisieren, und schaffe daher auch die Möglichkeit, daß Deutschland nach Belieben an die Seite Rußlands hinüberwechsle. Trotz Ablehnung der EVG erachtet der Verfasser eine Aufrüstung Deutschlands als möglich, unter Beschränkung auf eine rein defensive Armee, ohne irgendwelche Luftstreitkräfte und mit einem Minimum von Panzern. — Der Chefredaktor der Zeitschrift, *Louis Salleron*, betrachtet es als reinen Wahnsinn, gegenüber England und den USA Frankreich durch Europa, etwas Bestehendes durch eine Hypothese zu ersetzen, die sich vielleicht zu einer Anarchie entwickle, jedenfalls nicht zu einem einigen Europa.

*Bertrand de Jouvenel* betont, die Wiederaufrüstung Deutschlands könne von Amerika auch gegen den Widerstand Frankreichs verwirklicht werden. Die Ablehnung der Europa-Armee bedeute nur die Auferstehung einer deutschen Wehrmacht. Eine gemeinsame Verteidigung mache Europa weniger abhängig von Amerika. Die Kräftegleichheit der Teilnehmer gebe einer europäischen Union einen «republikanischen» Charakter, während die Atlantik-Union, wegen der Verschiedenheit der Kräfte, naturgemäß einen «imperialistischen» Charakter aufweise. Es geht bei der EVG nicht um die Frage, ob Deutschland wieder bewaffnet werden solle, sondern vielmehr darum, ob diese Aufrüstung Deutschlands im Rahmen einer Europa-Armee oder im Rahmen der NATO-Streitkräfte erfolgen solle. Ebenso wenig geht es um die Unabhängigkeit der französischen Armee, sondern darum, ob sie auf der Stufe der NATO oder auf derjenigen der EVG in eine internationale Gemeinschaft eingegliedert werde. Frankreich hat die Wahl zwischen zwei Formeln, die beide ihre Vorteile und Nachteile aufweisen. Ihre Gegensätze sind indessen nicht so groß, daß man sagen könnte, die eine rette alles und die andere gebe alles preis. Wäre die Ablehnung des EVG-Vertrages durch Frankreich nicht stoßend in einem Zeitpunkt, in dem in Indochina deutsche und französische Soldaten Seite an Seite fallen? — Nach *General Georges-Picot* bezweckt die EVG einzig die Eingliederung des deutschen militärischen Potentials in den Rahmen der NATO, unter Schonung der französischen Empfindlichkeiten und nach den von Frankreich verlangten Bedingungen. Sie organisiert die Verteidigung Europas mit Deutschland, aber auch mit England und allen anderen Mächten des Atlantikpaktes. Sie bedeutet daher eine Verstärkung und Verbesserung der NATO. Die Verteidigung Europas, heute noch Aufgabe Amerikas mit Hilfe der Europäer, soll künftig die Aufgabe Europas mit Hilfe Amerikas sein. Die EVG ist von Frankreich gewünscht worden, um das Wiedererstehen einer unabhängigen deutschen Heeresverwaltung im Rahmen der NATO zu verhindern. Frankreich würde sich lächerlich machen, wollte es heute zurückweisen, was es gestern verlangt habe. — *General Béthouard* sieht in der EVG die Möglichkeit, Deutschland in die Verteidigung Europas einzugliedern, unter Vermeidung der Gefahren einer nationalen deutschen Aufrüstung. Das gemeinsame Kommando einer Europa-Armee schließt die Auferstehung eines «großen Generalstabes» aus und bietet damit gegenüber Deutschland Sicherheiten wie kein anderes bis heute vorgeschlagenes System. Würde die EVG abgelehnt und würde man das System einer Koalitionsarmee beibehalten, so könnte sich die deutsche Armee dank dem Ruhrgebiet die beste Rüstung Europas verschaffen. Gewisse Leute pflegen und züchten gegenüber Deutschland eine beschämende Angst und einen peinlichen Minderwertigkeitskomplex. Sie demoralisieren die Nation durch eine schreckliche Woge von Defaitismus. — Der Generalsekretär der Zeitschrift, *Max Richard*, betont, eine Ablehnung der EVG torpediere die während vier Jahren mühsam aufgerichtete europäische Konstruktion. Angelsächsische Garantien und Zusatzprotokolle seien gut und recht. Aber die EVG ablehnen, das wäre ein Sprung ins Nichts.

Abschließend veröffentlicht *André Voisin*, Präsident des Bureau exécutif du Mouvement fédéraliste français «La Fédération», einen Beschluß des leitenden Ausschusses der Bewegung, welcher die außerordentliche Schwere des dem Parlament zufallenden Entscheides betont und in dringendster Art die Ratifikation des EVG-Vertrages empfiehlt. Er macht dabei geltend, daß eine ablehnende Mehrheit nur negativen Charakter hätte und zu einer konstruktiven Politik nicht in der Lage wäre.

Bei dem regen Interesse, das die Weltöffentlichkeit dem *Kampf der Bevölkerung mit der Staatsleitung in Ost-Berlin und der deutschen Sowjetzone* entgegenbringt, kann ein Artikel «*Lebenshaltung und Preisgestaltung in der Sowjetzone*» aus der Feder von *Axel Mohr* in Nr. 14 des stets aufschlußreichen *SBZ* (Sowjetische Besatzungs-Zone) - *Archivs* (Hansaring 43, Köln) gespannter Aufmerksamkeit um so sicherer sein, als der Verfasser bei seiner Untersuchung der Preisgestaltung in Ostdeutschland an Hand der amtlichen Indexziffern für die Lebenshaltung zu einer Reihe von bemerkenswerten Ergebnissen kommt:

Das Volkseinkommen hat sich im Vergleich zu 1936 (17,5 Md. RM in der Sowjetzone und deren 43,7 in Westdeutschland, beide Summen gleich 100 genommen) 1950 in der Sowjetzone auf 30,4 Md. DM (Ost) oder 171% und in der Bundesrepublik auf 86,2 Md. DM oder 197,5% gehoben. Es hat sich also in Prozenten der westdeutschen Beträge in der Sowjetzone von 40% 1936 auf 35,5% 1950 gesenkt. Im ganzen gesehen hat die sich im Realeinkommen ausdrückende Kaufkraft der ostdeutschen Bevölkerung eine Minderung erfahren, und sie bewegt sich seit 1950 weiter auf rasch absteigender Linie. Ein Trugschluß wäre es, das ziffernmäßige Anwachsen des ostdeutschen Nominaleinkommens auch als Verbesserung der realen Versorgung anzusehen. Der Wert der Arbeit von Mohr liegt in seinem Nachweis, daß die Lebenshaltung in der Sowjetzone nach wie vor und heute, unter den obwaltenden krisenhaften Zuständen, dort mehr als früher alle Züge des kriegswirtschaftlichen Notstandes besitzt. Mohr legt in seiner Abhandlung den Nachdruck auf den höchst unsozialen Charakter der in der Sowjetzone 1948 geschaffenen staatlichen Schwarzmarktorganisation der HO (Handels-Organisations)-Läden: sie dienen in erster Linie den im Einkommen besser gestellten Kreisen der Funktionäre und Aktivisten zum Vorteil, während dem normalen Lohn- und Gehaltsempfänger keine oder nur geringe Mittel zu Einkäufen in diesen Staatsläden zur Verfügung stehen. Der Unterschied zwischen dem Lebensstandard in der Bundesrepublik und den Verhältnissen in der Sowjetzone — so bemerkt Mohr abschließend — ist so gewaltig, daß keine Dialektik darüber hinwegtäuschen kann.

Bemerkenswerte Ausführungen über die durch den *Ölkonflikt* zwischen *Persien* und *England* entstandene Situation, wie sie sich heute präsentiert, vermittelt die angesehenere englische Wochenzeitung «*Time and Tide*» in ihrer Nummer vom 25. 7. (32 Bloomsbury Street, London W. C. 1).

Die Raffinerien in Abadan liegen jetzt seit zwei Jahren still. In dieser Zeit hätte die Anglo-Iranian Oil Co. 60 Mio Tonnen Öl exportiert, und die persische Regierung hätte 100 Mio £ Gebühren eingezogen. England vermochte den jährlichen Ausfall von 25 Mio Tonnen raffinierten Öls aus anderen Quellen zu ersetzen, währenddem Mossadegh zu sehr ermäßigten Preisen lediglich 80 000 Tonnen Öl an Italien und Japan verkaufen konnte. Es ist anzunehmen, daß der persische Premier seine damalige Haltung heute bereut. Dies um so mehr, als sich der internationale Ölmarkt seit 1951 in einer für Persien durchaus ungünstigen Weise strukturell verändert hat. — Bis zum Kriege war man der Auffassung, daß das im Mittleren Osten gewonnene Öl an Ort und Stelle soweit als möglich zu verarbeiten sei, da dort genügend und billige Arbeitskräfte vorhanden waren. Es schien unökonomisch, unverarbeitetes Öl über Tausende von Kilometern zu transportieren.

Heute haben sich die Verhältnisse geändert. Die Arbeitskräfte in Persien, Irak und den Gegenden am Roten Meer sind nicht mehr billig, wohl aber immer noch im Überfluß vorhanden und leistungsmäßig ebenso unbefriedigend wie früher. Sieben Perser sind nötig, um eine Arbeit zu besorgen, die ein einziger englischer Arbeiter erledigen kann. Dazu kommt, daß seit dem Kriege die Größe der Öltanker und ihre Geschwindigkeit stark zugenommen haben. Seit 1942 sind beinahe 70% der Tankerflotte neu gebaut worden. Zurzeit werden Tanker von 45 000 Tonnen mit einer Geschwindigkeit von 15 Knoten und mehr gebaut. So große Schiffe können in Abadan nicht mehr anlegen, da die dortigen Hafenanlagen und Verladeeinrichtungen nur für Schiffe bis 15 000 Tonnen ausreichen. Durch die Entwicklung der Flugwaffe sind auch die strategischen Vorteile der im Mittleren Osten gelegenen Ölraffinerien weggefallen. Westeuropa bezieht heute  $\frac{4}{5}$  seines Ölbedarfes aus dem Mittleren Osten und raffiniert es auf dem Kontinente selbst. Seit 1939 ist die Verarbeitungsmöglichkeit verzehnfacht worden. Westeuropa kann alles Öl, das es benötigt, selbst raffinieren. — Da der Weltbedarf an Öl heute doppelt so groß ist als im Jahre 1939 und technisch durchaus die Möglichkeit bestünde, Erdgas von den Ölfeldern des Vorderen Orients in Pipe-Lines nach Europa zu transportieren, erweist sich mit aller Deutlichkeit, daß Persien mit seiner intransigenten Haltung auf dem besten Wege ist, durch die Entwicklung völlig übergangen zu werden und keinen entsprechenden Nutzen aus seinen Naturschätzen zu ziehen.

In der Zeitschrift «*The March of India*» (Vol. V, Nr. 4) veröffentlichte der Oberingenieur *L. Venkatakrishna Ayyar* einen interessanten Artikel über das *Tungabhadra*-Projekt, das kurz nach dem zweiten Weltkrieg von den Staaten Haiderabad und Madras gemeinsam in Angriff genommen worden ist. Es handelt sich hier um eines der größten Mehrzweck-Projekte, d. h. um einen gewaltigen Damm bei Hospet über den Tungabhadra-Fluß, der die Staaten Maisur, Bombay, Haiderabad und Madras durchfließt. Anfangs bezweckte man die Bewässerung trockener Landflächen, zieht aber jetzt auch die Entwicklung billiger Stromerzeugung in Betracht. Die Höhe des Damms beträgt 40 Meter. — Etwa 75 Dörfer in Bombay, Haiderabad und Madras werden in Mitleidenschaft gezogen und ihre Bewohner in neuen Siedlungen mit Straßen, Schulen, Postämtern usw. untergebracht. Außerdem wird ihnen eine angemessene Entschädigung ausbezahlt. Ausquartierten Landwirten wird auch Land zur Behauung zur Verfügung gestellt. Für alle Angestellten und Arbeiter, die am Dammbau beschäftigt sind, ist ein Lager errichtet worden, das sich zu einem regelrechten Städtchen mit einem Netzwerk von Straßen und öffentlichen Anlagen entwickelt hat. Ähnliche Lager sind dem ganzen Kanal entlang entstanden, und ein Offizier ist angewiesen worden, die erforderlichen Maßnahmen für das Wohl der Arbeiter zu treffen. Das Projekt weist enorme Möglichkeiten auf. Es werden nicht nur mehr Nahrungsmittel produziert und die Stromerzeugung vergrößert, sondern auch der Lebensstandard der Menschen durch stärkere Industrialisierung und landwirtschaftliche Fortschritte beträchtlich erhöht. Der Tag ist nicht fern, an dem neues Leben pulsieren wird, die Felder grünen und die blühenden Industrieanlagen Frieden und Wohlstand atmen werden.